

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(77. - öffentliche - Sitzung am 15. Mai 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes
(Gesetz zur Einführung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung bei häuslicher Gewalt)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6274](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er lehnt den Antrag der CDU-Fraktion auf Abschluss der Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion ab. Ferner beschließt er, die weitere Beratung auszusetzen, bis der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novelle des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz vorliegt, um ihn dann gemeinsam mit diesem zu beraten.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (Helfergleichstellungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3367](#)

Der federführende Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion, die Beratung fortzusetzen, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion gegen die Stimme des Vertreters der AfD-Fraktion ab und schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen, Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sowie Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Alexander Wille (CDU).

3. **Vorschlag des Landeswahlleiters zur Neueinteilung der Wahlkreise in Niedersachsen**
Unterrichtung - [Drs. 19/7132](#)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis und führt darüber eine Aussprache.

4. **Eine migrationspolitische Wende einleiten:**
 - **Die Vorgaben aus geltendem Recht endlich umsetzen!**
 - **Vollziehbar Ausreisepflichtige konsequent und im großen Stil abschieben!**
 - **Rückkehr Ausreisewilliger fördern!**
 - **Kommunen und Sozialkassen entlasten!**
 Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/5076](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Den islamistischen Extremismus bekämpfen, die jüdische Bevölkerung schützen, die Finanzierung islamistisch-extremistischer Organisationen offenlegen und weiterer Eskalation vorbeugen!**
 Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/5975](#)

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Vertreters der AfD-Fraktion, die Beratung abzuschließen, und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

6. **Gemeinsam die Resilienz Niedersachsens stärken**
 Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6284](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und beschließt einstimmig, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Als Termin nimmt er seine für den 4. September 2025 geplante Sitzung in Aussicht. Die Fraktionen werden gebeten, der Landtagsverwaltung bis zum 31. Mai 2025 ihre Vorschläge zum Kreis der Anzuhörenden zukommen zu lassen.

7. **Ausrüstung der Polizei verbessern - Einsatz- und Streifendienst der Polizei endlich mit Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) ausstatten**
 Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6933](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.